

München, 02.12.2021

Telefondienst statt Hörsaal: Wissenschaftsministerium zieht Hochschulpersonal zur Kontaktnachverfolgung an Gesundheitsämter ab

SPD-Wissenschaftspolitiker Christian Flisek kritisiert katastrophales Pandemiemanagement der Staatsregierung und warnt vor weiteren Belastungen für Hochschulfamilie

Fassungslos zeigt sich der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Christian Flisek** angesichts einer aktuellen Anordnung des Wissenschaftsministeriums vom 29.11. für Bayerns Hochschulen und Universitäten. Darin werden Hochschulen verpflichtet, Personal an die staatlichen Gesundheitsämter zur Kontaktnachverfolgung und Identifizierung von Corona-Infizierten und deren Kontaktpersonen abzuordnen.

Christian Flisek: "Die bayerische Staatsregierung hat offenbar jede Kontrolle über ihr Pandemiemanagement verloren. Während der Freistaat von einer Welle in die nächste Welle schlittert, ist es Söder trotz vollmundiger Ankündigungen nicht gelungen, die Gesundheitsämter über den Sommer fit für die Kontaktnachverfolgung zu machen. Offenbar ist die Lage so ernst, dass jetzt sogar Hochschulpersonal zum Contact-Tracing eingesetzt werden muss." Flisek hält diese Entscheidung, unabhängig von der rechtlichen Zulässigkeit, angesichts der angespannten Personalsituation an Hochschulen und Universitäten für unverantwortlich.

"Die Hochschulfamilie leistet seit Beginn der Pandemie einen enormen Beitrag zur Eindämmung des Corona-Virus. Das Lehrpersonal hat unter großer Anstrengung und mit viel persönlichem Engagement hervorragende Onlinelehreangebote entwickelt. Die Verwaltungen haben umfassende Hygiene- und Schutzkonzepte erstellt und die Studierenden mussten trotz sehr hoher Impfquote mehr Zeit vor dem Bildschirm als auf dem Campus verbringen", so Flisek. Gerade jetzt, wo die Hochschulen wieder auf 2G und ein hybrides Lehrangebot umstellen müssten und die Prüfungszeit unmittelbar bevorstehe, werde dringend benötigtes Personal abgezogen. "Ministerpräsident Söder und Wissenschaftsminister Sibley zeigen damit, wie ernst sie es mit ihren Dankesbekundungen für Lehrpersonal und Studierende wirklich meinen", mahnt der Wissenschaftspolitiker.

Er betont, dass die Hochschulfamilie natürlich bereit sei, ihren Beitrag zur Pandemiebekämpfung zu leisten. Dies sei in den vielen Gesprächen mit den Verantwortlichen deutlich geworden. Für den Fall, dass Abordnungen nicht zu verhindern seien, solle daher

zumindest das Kernpersonal davon vollständig ausgenommen werden, fordert der Passauer Abgeordnete.